

Punkte für ein neues Österreich (In Arbeit)

DEMOKRATIE

1. Parteienförderung um zumindest 50 % kürzen
2. Bürger_innenhaushalte auf Gemeindeebene und Steuergeldwidmung auf Bundesebene
3. Wahlrechtsreform: personalisiertes Verhältniswahlrecht, JVP-Demokratiepaket
4. IG: Persönlichkeitswahlrecht
5. Abschaffung des Bundesrates und Ersatz durch eine (formalisierte) LH-Konferenz oder delegierte Landtagsabgeordnete
6. IG: Leistungsstarker legislativer Dienst des Parlaments, unter anderem finanziert durch Mittel resultierend aus Kürzung der Parteienförderung
7. Öffentliche Hearings für Ministerkandidat_innen (im Nationalrat) sowie vor Besetzungen zentraler Funktionen wie RH-Präsident_in oder ORF-Generaldirektor_in
8. Vereinheitlichung der Wahltermine auf Landesebene
9. IG: Ausbau der direkten Demokratie
10. IG: Regierung der besten Köpfe, die ein realistisches Programm vorlegt und auch umsetzt
11. Reform des Ministeriengesetzes: Streichung der Staatssekretariatsposten und Einführung beamteter (parlamentarischer) Staatssekretäre nach deutschem Vorbild; Einrichtung eines Sprechers/einer Sprecherin der Bundesregierung nach deutschem Vorbild
12. jährliche Vorhabensberichte der Bundesregierung und transparente Evaluierung der Umsetzung des Regierungsprogramms (siehe Regierungsmonitor)
13. IG: Gleiche Sorgfaltsanforderungen und Haftung im öffentlichen Bereich wie im privaten Bereich: Gesetzliche Verankerung des Grundsatzes, dass jede staatliche Tätigkeit mit der objektiv gebotenen Sorgfalt ausgeübt werden muss Haftung gemäß der Business Judgment Rule, Rechnungshof soll gerichtliches Feststellungsverfahren einleiten können, wenn Empfehlungen nicht umgesetzt werden: zu diskutieren bei der Legislative
14. Paradigmenwechsel in der Medienpolitik: Entzerrung des Medienmarktes hin zu einem freien Marktmodell und technologieneutrale Förderung von kostenintensivem Journalismus und Produktion öffentlich-rechtlicher Inhalte
15. IG: weniger Einfluss politischer Parteien auf Stellenbesetzungen im ORF, Bindung der Presseförderung an Qualitätsanforderungen
16. Zukunftsrat als obligatorisches beratendes Gremium des Nationalrates, um die künftige Generation bei Entscheidungen besser zu repräsentieren
17. Neuausrichtung eines Verfassungskonvents für Österreich und Europa unter starker Bürger_innenbeteiligung unter Verwertung der Ergebnisse des bestehenden Verfassungskonvents
- 18.
19. IG: **BILDUNG**
19. Vollautonomie der Schulen (finanziell, personell, pädagogisch) nach Vorbild der Niederlande; Benchmarking und Sicherung der Standards durch zentrale Vorgaben/Kontrollen
20. IG: Schuldirektoren Staatlicher Schulen ohne Parteibuch als Kriterium (Transparenter Bestellungsprozess, bindendes Objektivierungs-Verfahren)

21. IG: „Kritisches Denken“ (inklusive Politische Bildung) als Schulfach so früh wie möglich, so lange wie möglich. Schulfach solange es keine Schulautonomie gibt, danach Steuerung über Bildungsziel z.B. im Rahmen der Mittleren Reife
22. IG: 8. Mai als Tag der Demokratie in den Schulen (Themenschwerpunkt im Unterricht)
23. Stärkung der Schulpartnerschaft (Schüler, Eltern, Lehrer), mehr Kompetenzen in staatlichen Schulen: bei Schulautonomie ein Qualitätsmerkmal oder eine Bedingung?; Einrichtung von Landes- und Bundes-Schulgemeinschaftsausschüssen
24. Einführung einer Mittleren Reife um gemeinsame Standards auch jeder Jugendlicher zu gewährleisten, die nach der Schulpflicht auf den Arbeitsmarkt kommen. Bildungspflicht bis 18, wenn Standards nicht erreicht werden
25. Starke F&E: MINT-Offensive, Studienplatzfinanzierung und Studienbeiträge, Privatisierungserlöse in Bildungs- bzw F&E Fonds

WIRTSCHAFT UND ARBEIT

26. flächendeckende kostenlose Kinderbetreuungsangebote ab dem 1. oder 2. oder 3. Lebensjahr mitsamt Rechtsanspruch. Zumindest Halbtags, idealerweise Ganztags; zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für jene, die es brauchen
27. schrittweise Reform des Kinderbetreuungsgeldes: 7.000 Euro Freibetrag/Kind, 4 Jahre Pensionsanrechnung für jedes Kind, Ausbau steuerliche Absetzbarkeit (für Kinder bis 14 Jahre)
28. Pensionssystem harmonisieren
29. flexibler Pensionseintritt ab 61 mit versicherungsmathematischen Zu-/Abschlägen
30. IG: Pensionssysteme und Leistungen angleichen: unterschiedliche Systeme im Öffentlichen Dienst (z.B.: Pensionsregelungen für die Bediensteten der Stadt Wien günstiger als für die des Bundes, Nationalbank)
31. IG: Leistungen der Sozialversicherungsträger angleichen. (zB werden für Kontaktlinsen verschieden hohe Erstattungsbeträge gewährt, obwohl die Beiträge der Versicherten gleich sind und sich die Versicherten den Versicherungsträger nicht aussuchen können) besser: Zusammenlegung der Sozialversicherungsanstalten mit dann einheitlichen Leistungen
32. IG: Gleiche Bezahlung für gleiche Leistung: Transparenz bei Löhnen in öffentlichen Unternehmen und Bewusstseinsbildung
33. KÖST auf nicht entnommene Gewinne abschaffen
34. Arbeitszeitflexibilisierung: Jahresarbeitszeitmodelle, flexiblere Tagesarbeitszeit, Verstärkung der betriebliche Ebene, Ausbau MA-Beteiligung, IG: Fairer Lohn und fairer Anteil der Beschäftigten am Unternehmenserfolg

STEUERN UND VERWALTUNG

35. Massiver Bürokratieabbau in allen Bereichen: Öffentliche Verwaltung, Lesbare Gesetze, One in-one-Out-Regel, Sunset-Clauses, Ausbau e-government etc. Reglementierungen bei Gewerbe nur noch bei Leib, Leben und Finanzen
36. IG: Zusammenlegung der Sozialversicherungsanstalten
37. Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in Kammern
38. Lohnnebenkosten senken (keine LNK für erste_n Mitarbeiter_in, KU2 abschaffen, AK-Beitrag mindestens halbieren), IG: Geringere Besteuerung der Arbeit
39. IG: Abschaffung der kalten Progression durch indexgebundene Anpassung der Steuersätze

40. Steuerreform mit dem Ziel Senkung der Abgabenquote auf EU-Durchschnitt innerhalb der nächsten Legislaturperiode (u.a. ökosozial, kalte Progression abschaffen, Vereinfachung)
41. zuerst die Sparpotentiale des Staates ausschöpfen IG: Mindestens 50 % Frauen in Führungspositionen staatsnaher Betriebe
42. IG: Amtsgeheimnis abschaffen und mehr Informationen für Bürger im Sinne einer proaktive Veröffentlichungs-Politik der Verwaltung und staatsnahen Unternehmen (siehe Open Government, Open Data) Ziel ist ein Dialog zwischen der öffentlichen Verwaltung und den Bürgern.
- ~~43. IG: Korruption auf allen Ebenen bekämpfen~~
44. Umsetzung der Transparenzdatenbank, insbesondere zu Förderungen von Bund, Ländern und Gemeinden, Benchmarking in allen Bereichen, Verhinderung von Vielfachförderungen
45. Totalreform der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS): Bundeseinheitliche Regelung; von der Alimentierung zur Aktivierung: gemeinnützige Arbeit in der BMS und Adaptierung der Beträge (im Vergleich zum Erwerbseinkommen), Höhe abhängig von Aufenthaltsdauer, Deckelung, Transparenz, Leitprinzip: „Arbeit muss sich lohnen“; Spezielle Regelungen für Zugewanderte
46. Reform des AMS
47. Senkung der Abgabenquote auf x % europäischen Durchschnitt innerhalb der nächsten Legislaturperiode
48. Ausgeglichenes Budget (Schuldenbremse im Verfassungsrang), Reduktion Schulden
49. Finanzautonomie für Bundesländer (Einnahmen und Ausgaben), IG: Generelle Zusammenführen von Einnahmen- und Ausgabenverantwortung
50. IG: Verteilung der Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden nach dem Subsidiaritätsprinzip
51. Einrichtung eines Rates der Gerichtsbarkeit: für die Auswahl, Ernennung und Karriere von Richtern und Staatsanwälten zuständig ist. Mindestens die Hälfte der Mitglieder des Rats der Gerichtsbarkeit müssen Richter und Staatsanwälte sein, die von den Richtern und Staatsanwälten gewählt werden. Dazu sollen Persönlichkeiten aus der Anwaltschaft und überhaupt aus der Zivilgesellschaft kommen, jedenfalls keine Politiker.
52. General- oder Bundesstaatsanwalt: Weisungsrecht des Justizministers abschaffen. Weisungsrecht soll von einem General- oder Bundesstaatsanwalt ausgeübt werden, den das Parlament für eine bestimmte Zeit (ohne Möglichkeit der Wiederbestellung) bestellt.

SICHERHEIT

54. Stärkung von Polizei und Bundesheer für mehr Sicherheit: *Befugnisse (zB-Cyberermittler im Darknet, schnellere Abschiebungen für Gefährder und kriminelle Ausländer etc)* , Ausstattung, Ressourcen, Strafrecht

ZUWANDERUNG, INTEGRATION, EZA

55. Neukodifikation des Fremdenrechts mit klaren und konsequenten Regeln für Zuwanderung&Asyl
56. Spezieller Schwerpunkt auf Integration (Verpflichtende Deutsch- und Wertekurse, Pflicht zur Integration, aber auch Integrations-Förderung. Koppelung Integrationswilligkeit&Sozialleistungen Fokus Identität & Islam, Stärkung Bürgergesellschaft, also des zivilen Engagements)

- 57. IG: Beschleunigung der Asylverfahren zB nach dem Vorbild der Schweiz, Fokus auf Strategie für Integration und Entwicklungspolitik (= Vorrang für Hilfe vor Ort)
- 58. einheitliches europäisches Asylrecht
- 59. bessere Sicherung der EU-Außengrenzen, dafür verstärkt Resettlement für eine effektive Integration, Rettung der Menschen aus dem Mittelmeer, aber keine Weiterreise mehr nach Mitteleuropa: Zurückstellung in mit UNHCR betriebene Asylzentren auf europäischen Inseln bzw. sicheren Drittstaaten (Prinzip Australien unter Einhaltung europäischer Menschenrechtsstandards)
- 60. Mehr EU-Hilfe vor Ort in den Krisenregionen, um potentiellen Migrationsströmen frühzeitig entgegenzuwirken, sowie verstärkte Rückkehr- und Wiederansiedlungsprogramme in wesentlichen Herkunftsländern
- 61. Anhebung der österreichischen EZA-Mittel auf die international vereinbarte Quote binnen der nächsten zwei Legislaturperioden und Verknüpfung mit der Rücknahmebereitschaft dieser Staaten
- 62. Reform der RWR-Card: Möglichkeit für Höchstqualifizierte nach Österreich zuzuwandern, wenn Bedarf am Arbeitsmarkt besteht. Verbesserungen für Studierende aus Drittstaaten (Anerkennung Bachelor, realistische Einstiegsgehälter, weniger Bürokratie etc)

EUROPA

- 63. Vorreiterrolle in einer "Koalition der Willigen" zur Reform und Weiterentwicklung der EU im Sinne verstärkter Integration strikt nach dem Subsidiaritätsprinzip (zB Sozialleistungen)
- 64. gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (EZA, Europäische Armee etc.),
- 65. IG: Zusammenarbeit mit Sicherheitsdiensten anderer Staaten
- 66. gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik der EU (Außengrenzschutz, Kurz-Asyl-Modell, Resettlement)
- 67. gemeinsames Datenschutzrecht und Datensouveränität für jede_n Bürger_in, keine Vorratsdatenspeicherung
- 68. alle Entscheidungen der nationalen Regierungsvertreter_innen im Rat transparent machen
- 69. Aufwertung des Europäischen Parlaments zu einer gleichberechtigten Institution in einem Zwei-Kammern-System mit dem Rat

SONSTIGES

- 70. Ausbau Schwangerschaftsberatung und anonymisierte Abtreibungsstatistik
- 71. Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare
- 72. Stärkung des ländlichen Raums (Breitband, smarte Infrastruktur, Nutzung Wohnraum, starke LW etc)
- 73. Effizienter öffentlicher Verkehr (Reform ÖBB, Reduktion Zuschüsse, PPP-Modelle, Ö-Ticket)
- 74. IG: Erfüllung der Vorgaben des in Paris beschlossenen Weltklimaabkommens Förderung der E-Mobilität und des öffentlichen Verkehrs, Förderung alternativer Energien, Smart Cities
- 75. Ausarbeitung eines nationalen Aktionspakets „Österreich 2025“ in Zusammenarbeit mit Expert_innen und Bevölkerung für die zentralen Zukunftsfelder (Pflege, Digitalisierung, Energie, Integration...)

76. Leistbares Leben (Gebührenstopp, Wohnbau, Senkung von Nebenkosten, Einkommensabhängige Mieten im Gemeindebau etc), IG: Gesundheit muss leistbar sein